

Jugendparlament diskutiert Reform der Unterrichtsgestaltung

Knackpunkte: Schutz der Privatsphäre und Notengebung

Wien (PK) – Das Jugendparlament setzte sich heute intensiv mit der Frage auseinander, wie zukünftig der Unterricht gestaltet werden soll, um jede Schülerin und jeden Schüler individuell bestmöglich zu fördern. Grundlage dafür war ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Schulunterrichtsgesetzes.

Damit sollen die Rahmenbedingungen für die Unterrichtsgestaltung konkretisiert werden. Die geltende Gesetzeslage sieht nämlich keine verpflichtenden Vorgaben für die Gestaltung des Unterrichts durch die Lehrerinnen und Lehrer vor. Ziel ist es, eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu erreichen und die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen. Laut Gesetzesvorschlag sollen in Zukunft LehrerInnen gemeinsam mit den SchülerInnen den Unterricht planen und je nach Begabungen und Interessenslagen in unterschiedlichen Gruppen unterschiedliche Lernziele erarbeiten. Dabei sind die verschiedensten Lernformen anzuwenden, und es soll auch ausreichend Zeit für das Üben und Wiederholen geben. Eine solche flexible Form des Unterrichts soll den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit eröffnen, die Entwicklung, die unterschiedlichen Wissensstände sowie die sozialen und familiären Hintergründe jeder Schülerin und jedes Schülers zu berücksichtigen. Da damit eine Beurteilung der Leistungen mit Noten nur mehr sehr bedingte Aussagekraft hätte, ist in Zukunft die verbale Beurteilung vorgesehen. Aber nicht nur die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sollen bewertet werden, sondern auch diejenigen der Lehrerinnen und Lehrer, und zwar durch deren Vorgesetzte.

Die Jungabgeordneten zeigten sich im Rahmen der Diskussion im Ausschuss mit der Gesetzesvorlage grundsätzlich einverstanden. Vor allem wurden dahingehend Bedenken geäußert, dass durch die vorgeschlagenen Bestimmungen die Privatsphäre der Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend respektiert werden könnte, wenn die LehrerInnen berechtigt sind, sich über die familiären Hintergründe zu informieren. Dieser Einwand wurde von den Abgeordneten Bibi Tasic (T), Theresa Pohler (V), Rene Kmet (V) und Marco Pesce (W) erhoben. Pesce (W) schlug daher vor, an den Schulen mehr SchulpsychologInnen anzustellen, an die man sich wenden könnte. Der Klub der Weißen hingegen (Abgeordnete Philipp Schmidt und Felix Ladstätter) argumentierten, dass man die SchulpsychologInnen zu wenig kenne, um sich ihnen anzuvertrauen. Daher seien wahrscheinlich die LehrerInnen die richtigen Ansprechpersonen. Diese dürften selbstverständlich nicht alles über den privaten Hintergrund wissen und diese Kenntnis dürfe auch nicht in die Beurteilung einfließen. Abgeordneter Mohammed El Hamzawy (T) gab zu bedenken, dass LehrerInnen auf die individuelle Situation der SchülerInnen keine Rücksicht nehmen könnten, solange sie deren familiäres Umfeld nicht gut kennen. Abgeordnete Katharina Scheuba (V) ergänzte, es sollten mehr Sprechstunden von den LehrerInnen angeboten werden.

Für eine reine verbale Beurteilung sprach sich lediglich die Fraktion der Türkisen aus (Abgeordnete Bibi Tasic). Dem gegenüber traten die Abgeordneten Philipp Schmidt (G), Theresa Pohler (V) und Marco Pesce (W) für die Beibehaltung der Notenbeurteilung ein, jedoch mit verbalen Zusätzen.

Auch die Festlegung auf unterschiedliche Lernziele fand nicht allgemeine Zustimmung. So meinte etwa Abgeordneter Philipp Schmidt (G), dass alle Schülerinnen und Schüler einen hohen Wissensstand erreichen sollten. Um auf die individuelle Situation der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können, bedürfe es vielmehr einer Senkung der

Klassenschülerhöchstzahl. Ähnlich äußerten sich die Abgeordneten Theresa Pohler (V) und Marco Pesce (W). Beide sprachen sich auch für eine partnerschaftliche Gestaltung des Unterrichts aus, wobei die Schülerinnen und Schüler nicht die Oberhand gewinnen sollten. Abgeordneter Marco Pesce (W) meinte darüber hinaus, SchülerInnen sollten ihren LehrerInnen auch Feedback geben können. Abgeordnete Bibi Tosic (T) unterstrich die Notwendigkeit, ausreichend Zeit für Wiederholung und Förderung zu haben. (Fortsetzung Ausschuss)